



Dene wos guet geit...

... giengs besser, giengs dene besser, wos weniger guet geit...

Die UNO hat 1996 zum internationalen Jahr der Armut, beziehungsweise zum Jahr des Kampfes gegen die Armut erklärt. Ein moralischer Appell mehr, der politisch keine Folgen haben wird?

Der Ruf nach Solidarität ist keine Einbahnstrasse, in der Arme nach Almosen betteln und in der die Reichen Brosamen verteilen. Solidarität in einer Welt, die den Eigennutz zur höchsten aller Maximen erklärt hat, meint mehr als Mitleid. Solidarität fordert das Wissen um gesellschaftliche Zusammenhänge. Solidarität fragt nach dem Wie des Zusammenlebens, nach dem Wo des Gesellschaftlichen.

Wer mit Weissbüchern eine Entwicklung fordert, die einen Teil der Gesellschaft abkoppelt und der Armenfürsorge überantwortet, stellt auch den Lebensstandard der Besitzenden in Frage. Wer die Revision des Arbeitsgesetzes dazu benutzt, die Schutzbestimmungen für Nacht- und Sonntagsarbeit im vertraglich kaum abgesicherten Dienstleistungsbereich zu beseitigen, greift auch die vertraglich geregelten Arbeitsbereiche an. Wer den sozialen Ausgleich dem "Standort Schweiz" opfern will, untergräbt den wichtigsten Standortvorteil: die gesellschaftliche Gerechtigkeit.

Die Linke ist gefordert, Solidarität in politische Handlungskonzepte gegen den gesellschaftlichen Egoismus zu übersetzen. Aufrufe nach linker Einheit in der "stärksten der Parteien", wie sie Peter Bodenmann und André Daguët erlassen haben, helfen dabei inhaltlich kaum weiter, denn ein "linker Eintopf" führt auch zu linker Einfältigkeit. Dazu unsere Beiträge von Martin Schäfer und Hans Hartmann im STREITPUNKT ab Seite 7. Konkrete Projekte gegen Armut und den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Orientierungslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit zeigt Stefan Batzli ab Seite 13 anlässlich des sechzigsten Jahrestages des Schweizerischen ArbeiterInnen-Hilfswerks SAH. Wie Reiche ihre Steuerparadiese schaffen, um international dem gesellschaftlichen Solidarbeitrag zu entgehen, dokumentiert Josef Lang ab Seite 19 in seiner Besprechung des Buches "Das vermeintliche Steuerparadies" von Michael van Orsouw. Mit der Kahlschlag-Apologik der "Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung" (siehe letztes MOMA), den Herren Schmidheiny, de Pury & Co., befassen sich in dieser Ausgabe ab Seite 22 Monika Stocker und Bruno Bollinger. Nach Perspektiven über Abstimmungsresultate hinaus fragt Natalie Imboden in ihrer Analyse von "zäme schaffe" ab Seite 27. Hans Baumann bettet die Auseinandersetzungen in der Schweiz ein in die Bestrebungen für europäische Gesamtarbeitsverträge (Seite 29) und in unserer DEBATTE schliesslich fragt Maja Wicki nach Grundbedürfnissen und Grundrechten, um zu zeigen, wie soziale Bewegungen den Kampf gegen die Armut als Prozess der Selbstorganisation umsetzen können (ab Seite 43).

Der Kampf gegen die Armut darf kein moralisches Postulat bleiben, sondern muss in der politischen Auseinandersetzung handlungsweisend sein – im Namen der Gesellschaft – auch gegen die egoistische Interessenvertretung der Besitzstandwahrer.

Roland Brunner

*... was aber nid geit, ohni dass dene weniger guet geit, wos guet geit!
(Mani Matter)*